

Rede zum Haushalt 2021

gehalten von Andreas Colosi

Hochverehrtes Publikum.

Ich freue mich, dass wir uns heute hier versammelt haben um einen historischen Moment zu feiern: Das Parteifreie Bündnis darf dieses Jahr das erste Mal eine Haushaltsrede über 10 Minuten halten. Und erhält damit nach 7 Jahren endlich dasselbe Recht wie alle anderen Parteien und Wählervereinigungen im Gemeinderat. In den vergangenen Jahren haben wir stets nur 5 Minuten Redezeit erhalten mit der Begründung wir sind keine Fraktion. Völlig logisch! Und wenn man sieht, dass einzelne Personen ihre Redezeit heute um 5 Minuten überzogen haben fast schon Hohn.

Gleichzeitig zu diesem historischen Moment darf ich als Jungspund meine erste Haushaltsrede halten. Daher habe ich mich natürlich im Vorfeld schlau gemacht, was von einer solchen Rede erwartet wird. Ich nehme es hier gleich vorweg: Ich werde diese Erwartungen nicht erfüllen.

Seit 1 ½ Jahren bin ich nun Teil des Gemeinderats und ich möchte meine Redezeit viel lieber damit verbringen zu erzählen, was mir in diesen 1 ½ Jahren aufgefallen ist, als über Finanzen zu reden und unsere Arbeit im vergangenen Jahr mit Lob zu überschütten.

- Ich sehe hier 22 Menschen im Gemeinderat. 22 Meinungen, die sich diese Menschen aus ihrem höchstpersönlichen Erfahrungsschatz bilden. 22 Sensoren für die Anliegen, Probleme und Stimmungen unserer Bürger*innen. Jede einzelne dieser Stimmen ist wichtig. Es freut mich immer wieder diese Vielfalt hier zu sehen.

Und gleichzeitig sehe ich einen Gemeinderat mit einem Altersdurchschnitt von über 54 Jahren. Mit einer Frauenquote von 32%. Mit einem knappen Fünftel der Amtsträger, die seit über 20 Jahren in diesem Gremium sitzen. Mehr Frauen und mehr junge Menschen würden diesem Gremium guttun.

- Eine weitere Beobachtung betrifft den Ablauf, mit dem die Themen im Gemeinderat besprochen und beschlossen werden. Es läuft in der Regel so:
 - In einer Ältestenratssitzung, bei der von jeder Fraktion maximal zwei Vertreter*innen teilnehmen dürfen wird besprochen, welche Themen in den nächsten Monaten auf die Tagesordnungen kommen.
 - Eine Woche vor der Sitzung werden die von der Verwaltung ausgearbeiteten Unterlagen dann allen Gemeinderät*innen zur Verfügung gestellt.
 - In Fraktionssitzungen bereiten sich diese auf die Sitzung vor.
 - Dann kommt die eigentliche Sitzung, bei der unter Umständen noch ein Fachvortrag zwischen 5 und 30 Minuten gehalten wird. Er folgt eine Einschätzung der Verwaltung zur Thematik und dann erst beginnt endlich der „Hokus-Pokus“, der den Gemeinderat ausmacht:
 - Die Aussprache mit anschließender Abstimmung. Jede Fraktion trägt lustig ihre Gedanken vor in der Hoffnung, dass irgendwas davon Berücksichtigung im Abstimmungsverhalten der anderen findet. Meist entsteht keine Diskussion, sondern es bleibt beim Vortrag der jeweiligen Positionen. Am Ende macht in den meisten Fällen die Aussprache und Entscheidung des Gemeinderats nur einen Bruchteil der Zeit aus. Wenn es blöd läuft, kommt dazu noch ein Antrag auf Ende der Debatte und Abstimmung. So wie von der SPD-Fraktion in der Dezember-Sitzung, mit der sie die aufkeimende Diskussion über den Mobilfunk erstickte. Das ist ein Armutszeugnis für unsere Debattenkultur. Und die Folge? Eine Bürgerinitiative sammelt Unterschriften. Ich denke es gibt einen besseren Weg: Wir müssen die wichtigen Themen ausgiebig diskutieren. Mit Zeit und Lust, das Beste aus der Sache machen. Alternativen prüfen. Auch mit der Gefahr, dass am Ende eine Vorlage keine Beschlussmehrheit erhält. Sondern per Auftrag zurück an die Verwaltung geht und nochmals in veränderter Form vorgestellt werden muss.

- Ein weiterer Aspekt ist die Transparenz in der Kommunikation. Wieso eigentlich darf nur ein kleiner Teil des Gemeinderats bei sogenannten Ältestenratssitzungen anwesend sein? Und wieso gibt es dann davon kein

Protokoll für alle, die nicht dabei sein konnten? Weshalb wehrt sich der Gemeinderat gegen unseren Vorschlag, die Sitzungsunterlagen auch für die Öffentlichkeit bereits eine Woche vor der Sitzung abrufbar zu machen? Warum werden immer noch so viele Themen nichtöffentlich vorbesprochen? Man sagt mir, es sei schon besser geworden, aber wir glauben es gibt beim Thema Transparenz noch viel Luft nach oben. Es wird immer Menschen geben, die mit den entwickelten Lösungen nicht zufrieden sind. Es wäre auch komisch, wenn es nicht so wäre, in einer Demokratie und bei knapp 16 000 Einwohner*Innen in Kernen. Wenn wir es aber schaffen, das Für und Wider, die Beweggründe unserer Entscheidungen und auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Gemeinderats transparent zu machen, wird unsere Arbeit nachvollziehbarer.

Nun will ich meinen Blick raus aus dem Gemeinderat richten und ein paar Themen ansprechen. Es gibt also auch noch ein bisschen „Parteipolitik“. Und auch hier mache ich keinen Rundumschlag auf all die Themen, die wichtig sind, sondern beschränke mich auf das, was mir in den letzten 1 ½ Jahren besonders aufgefallen ist.

- Große Themen bewegen uns. Zum einen Themen, die aus den lokalen Entwicklungen vor Ort entstehen, zum anderen Themen, die durch die Entwicklungen in der Welt das Kommunale beeinflussen. Ziel muss sein, bei all unserem Handeln beide Perspektiven, das Globale und das Lokale zu berücksichtigen und zu verbinden. Global denken, lokal handeln! Und umgekehrt!
- Das wichtigste Thema ist und bleibt auf lange Sicht der Klimawandel. Das Pariser Klimaabkommen definiert ein klares Ziel. Alle Entscheidungsträger*innen sollten sich diesem verpflichtet fühlen. Wir sollten bei jeder Entscheidung im Gemeinderat nicht nur die finanziellen Auswirkungen berücksichtigen, sondern auch die Auswirkungen dieser Entscheidung auf das Klima. Die beschlossene Fokus-Beratung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Folgerichtig ist, anschließend eine*n Klimaschutzmanager*in einzustellen, wohlbemerkt als Stabsstelle um Kernen auf den Weg zur Klimaneutralität zu leiten.

- Wir müssen beginnen in Materialkreisläufen zu denken. Die Ressourcen unserer Erde sind endlich. Das größte Potential hierfür liegt im Thema Bauen. Wir müssen im Bestand bauen. Es gibt einen Ansatz. Er heißt Cradle to Cradle, auf Deutsch „Von der Wiege zur Wiege“. Wir haben ihn für das Gebiet Hangweide vorgeschlagen. Dieser Ansatz würde dafür sorgen, dass wir auf der Hangweide mit einem Modellprojekt in die Zukunft schreiten. Bestenfalls mit Bauten, die eine positive CO2-Bilanz aufweisen. Leider, so ist unser Eindruck, wird diese Chance vertan.
- Dann ist da noch das Problem der Flächenversiegelung. Der aktuelle Verbrauch an unbebauten Flächen führt zu Problemen. Das Regenwasser kann nicht mehr im Boden versickern, was dazu führt, dass sich der Grundwasserspiegel senkt. Dürren und Trinkwasserknappheit sind die Folge. Wir sind noch in einer recht privilegierten Lage, doch das wird sich ändern. Gleichzeitig wird unsere Kanalisation überlastet und es drohen Überschwemmungen durch zunehmende Extremwetterereignisse. Wir müssen verhindern, dass auch in Kernen weiterhin jedes Jahr wertvolle Flächen versiegelt werden.

Ein weiteres Thema möchte ich ansprechen: bürgerschaftliches Engagement:

- Seit 2015 haben wir ein Bürgerhaus. Meine provokante Frage ist: Verdient dieses Haus den Namen Bürgerhaus? Steht es wirklich den Bürger*Innen zur Verfügung? Und müsste es nicht Bürger*innen-Haus heißen? Ich erlebe es viel mehr als Tagungshaus für Veranstaltungen von Externen oder der Gemeinde selbst. Ortsansässige Vereine müssen mehrere Hundert Euro Saalmiete bezahlen, um eine Veranstaltung dort abzuhalten. Das Bürgerhaus steht faktisch also nur wenigen Bürger*innen tatsächlich zur Verfügung. Das ist tragisch, haben wir in Kernen doch eine sehr lebendige Zivilgesellschaft mit viel Engagement. Wir sollten uns ernsthaft Gedanken machen, das Bürgerhaus ortsansässigen Vereinen und Initiativen zwei Mal im Jahr kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ja, das kostet die Gemeinde etwas. Seht es als sinnvolle Investition in ein lebendiges Gemeinwesen an.

- Bleiben wir beim bürgerschaftlichen Engagement: Im Haushalt 2021 haben wir den Antrag gestellt, einen Bürgerhaushalt einzuführen, wie es in anderen Städten teils seit Jahren erfolgreich der Fall ist. Bürger*innen sollen Vorschläge für den Haushalt machen können, über die dann durch die Bürgerschaft abgestimmt wird. Die meistbewerteten Vorschläge werden dann im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Wo kämen wir hin, wenn am Ende die Bürger*innen entscheiden, was mit dem Geld aus ihren Steuerzahlungen passiert. Das Recht darüber zu bestimmen sollen sie bitte schön an der Wahlurne abgeben.

Am Ende meiner Redezeit möchte ich mich noch bedanken. Bei den Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die immerwährenden Bemühungen, dem Gemeinderat anständige Vorlagen zu entwickeln und trotz Mehraufwand alle gestellten Fragen zu beantworten. Bei den anderen Fraktionen für das politische Gegenüber, das uns immer wieder anspornt. Und bei den Bürger*innen der Gemeinde Kernen für das uns entgegengebrachte Vertrauen. Ich hoffe ich hatte Ihre Aufmerksamkeit!